

Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Kapitaleinkommensteuer: Wie machen wir es, ohne es zu tun?

Deutschland steht vor großen finanz- und steuerpolitischen Herausforderungen. Demographische Alterung, Klimawandel, Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung, Migration und Militär erfordern laufende Mehrausgaben von 2 bis 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Hinzu kommen zuletzt Strukturprobleme und schwaches Wachstum. Beim Steuer- und Abgabensystem drängen hohe Belastungen der Arbeitseinkommen. Auch die Unternehmensteuern sind hoch im internationalen Steuersenkungswettbewerb. Hier tun sich Entlastungsbedarfe von 3 bis 4 Prozent des BIP auf. Bei den indirekten Steuern liegt Deutschland dagegen unterdurchschnittlich im internationalen Vergleich, und bei Vermögen und Vermögenseinkommen ist es eher ein Niedrigsteuerland.

Selbst wenn man die Schuldenbremse für Investitionen lockert und auf der Ausgabenseite einspart, sind Steuererhöhungen kaum zu vermeiden – schon, um die hohen Belastungen bei den Erwerbseinkommen zu reduzieren. Hierzu bieten sich vor allem ein Abbau obsoleter Steuervergünstigungen an, insbesondere von umwelt- und klimaschädlichen, ferner einer Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Dies sollte ergänzt werden durch einen ausgewogenen Mix von Steuererhöhungen auf hohe Einkommen, Vermögenseinkommen, Vermögen und Vermögenübertragungen (Tabelle). Damit könnte längerfristig ein jährliches Mehraufkommen von 35 Milliarden Euro erzielt werden, 0,83 Prozent des BIP, ohne dass größere wirtschaftliche Effizienzverluste und Schäden drohen würden. Belastet würden zu 95 Prozent die einkommensreichsten 10 Prozent, zu 75 Prozent das reichste 1 Prozent.

Steuererhöhungen auf hohe Einkommen und Vermögen

Langfristige jährliche Wirkungen, geschätzt für 2024

Reformen	Erstrunden-Effekte							Maximale Zweit- runden- effekte
	Aufkommenswirkung			Verteilung nach Perzentilen Bruttoäquivalenzeinkommen				
				untere 50%	50%- 90%	90%- 99%	Top 1%	
	Mrd. Euro	Prozent insges.	Prozent BIP	Prozent Aufkommen				Prozent Aufkomm.
Einkommensteuer	16,5	47	0,39	1	7	31	61	- 23
Erhöhung Spitzen-/Reichensteuersatz Einkommensteuer auf 45% / 48% (45% ab 75 000 Euro zu versteuerndes Eink.)	8,5	24	0,20	0	1	26	73	- 30
(Temporäre) Erhöhung Reichensteuersatz auf 50%	2,0	6	0,05	0	0	0	100	- 30
Immobilienbesteuerung (Veräußerungsgewinne, Immobilien-GmbHs)	6,0	17	0,14	2	19	49	30	- 10
Erbschaftsteuer	8,5	24	0,20	1	4	24	72	- 19
Unternehmensübertragungen: Freibetrag 2 Mio. Euro, Besteuerung mit maximal 15%	8,1	23	0,19	1	5	24	70	- 20
Abschaffung von Vergünstigungen bei Immobilien, Stiftungen, Verlängerung 10-Jahresfrist auf 20 Jahre	1,1	3	0,03	2	10	28	60	- 5
Erhöhung persönliche Freibeträge um 25% (ohne weitere Anpassung der Tarifgrenzen)	-0,7	- 2	- 0,02	5	30	35	30	- 5
(Temporäre) Vermögensteuer/-abgabe für Superreiche	10,0	29	0,24	0	0	0	100	- 30
Freibetrag persönliches Nettovermögen 25 Mio. Euro, keine Vergünstigungen, jährlicher Steuer-/abgabesatz 0,75 Prozent	10,0	29	0,24	0	0	0	100	- 30
Insgesamt	35,0	100	0,83	1	4	20	75	- 24
Insgesamt, Mrd. Euro	35,0	100	0,83	0,2	1,5	7,2	26,1	- 8,4
Insgesamt, Prozent BIP	0,83			0,00	0,04	0,17	0,62	-0,20

Die Erbschaftsteuer sollte dabei eine größere Rolle spielen. Sie gilt in der progressiv-neoliberalen Mainstream-Ökonomik als die beste Reichensteuer. Da sie nur in der Generationenfolge erhoben wird, löst sie tendenziell geringe Ausweichreaktionen und Effizienzverluste aus. Ferner ist der Bürokratieaufwand geringer, wenn nicht laufend besteuert werden muss. Unter Gerechtigkeitsaspekten trägt die Erbschaftsteuer Meritokratie und Chancengerechtigkeit besser Rechnung als eine laufende Vermögensbesteuerung oder Kapitaleinkommensbesteuerung.

Aber die Erbschaftsteuer ist in Öffentlichkeit und Bevölkerung relativ unbeliebt, im Vergleich zur Vermögensteuer oder auch zu Unternehmensteuern. Das ist auch international zu beobachten. Offenbar stößt die Belastung von Vermögenstransfers im engen Familienzusammenhang und im sensiblen Umfeld von Alter und Tod auf Vorbehalte. Vermögenswerte wie Eigenheime oder Familienunternehmen werden häufig als generationenübergreifender Familienbesitz betrachtet und nicht als „leistungslose“ Bereicherung nachfolgender Generationen.

Das Erbschaftsteuer-Aufkommens von derzeit 10 Milliarden Euro im Jahr mehr als verdoppeln zu wollen, erscheint wenig realistisch. Daher sollte man auf weitere Steuerquellen setzen: hohe oder untererfasste Einkünfte bei der Einkommensteuer oder Superreichtum, zum Beispiel ab 25 Millionen Euro je Person.

Derartige Steuererhöhungen für die Reichen stoßen auf heftigen Widerstand von Immobilienbesitzern, Steuerzahlerbund, Wirtschaftsverbänden und Familienunternehmen beziehungsweise Unternehmerfamilien – also der mächtigsten und einflussreichsten Lobbyisten des Landes. Dagegen ist kaum anzukommen, zumal das Thema nur schwer zu kommunizieren und die Mobilisierungswirkung in der breiten Bevölkerung gering ist. Hier spielen offenbar Unkenntnis und Unsicherheit über die Betroffenheit sowie die wirtschaftlichen Wirkungen eine große Rolle. Trotz häufiger Klagen über „Neidkultur“ und „Neidsteuern“ in Deutschland scheint die Verbreitung populärer neoliberaler, staats- und steuerkritischer Einstellungen und Narrative hoch zu sein:

„Der Staat hat genug Geld, er soll weniger verschwenden!“

„Wir haben ein Ausgaben-, kein Einnahmenproblem!“

„Das Geld ist doch schon versteuert!“

Neue Narrative zur Begründung höherer Vermögensteuern sind „Klimaschulden“ oder Militär- und Kriegsfinanzierung. Letztere war wirtschafts- und finanzhistorisch häufig der Anlass für steuerpolitische Innovationen, Ausweitung der Staatstätigkeit und mehr Umverteilung („displacement effect“). Aber auch das überzeugt die breite Öffentlichkeit nur wenig, die damit möglichst wenig behelligt werden will.

Es bleibt schwierig. Die hohe Kunst der Vermögensbesteuerung besteht darin, es zu machen, ohne es zu tun.

Literatur

Stefan Bach (2022): Erbschaftsteuer: Privilegien abschaffen. 17. November 2022. Friedrich-Ebert-Stiftung: #FairErben.

Stefan Bach (2016): Erbschaftsteuer, Vermögensteuer oder Kapitaleinkommensteuer: Wie sollen hohe Vermögen stärker besteuert werden? DIW Berlin Discussion Papers 1619.

Stefan Bach, Sebastian Eichfelder (2021): Reform der Immobilienbesteuerung: Bodenwerte belasten und Privilegien streichen. DIW Wochenbericht Nr. 27/2021.

Stefan Bach (2021): Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern. DIW Wochenbericht Nr. 50/2021.